

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: ÖPNV – Nahverkehrsplan / Stadtbuskonzept und Öffentlichkeitsarbeit zur Erstellung des Nahverkehrsplanes**  
**[Vorlage: 0581/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Schmechtig (NahverkehrsConsult) informiert anhand der Präsentation über den ÖPNV Nahverkehrsplan und das Stadtbuskonzept.

**Nähere Infos können aus der beigelegten Präsentation, welche Bestandteil dieser Niederschrift ist, entnommen werden.**

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich für die Präsentation und stellt diese zur Diskussion.

Frau Heller (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich über das Ausschreibungsverfahren und den Inhalt der Vorabbenachrichtigung.

Herr Schmechtig erläutert das Ausschreibungsverfahren, welches vom VRN Verkehrsverbund Rhein-Neckar durchgeführt wird. Die Beschlüsse des Stadtrates sollen in die Vorabbenachrichtigung einfließen.

Dr. Wilke (CDU) möchte wissen, wer das von Herrn Schmechtig angesprochene Gutachten in Auftrag gegeben hat und wann darüber informiert wird.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler gibt bekannt, dass dies durch die Stadt Speyer geschehen ist. Dies wurde auch im Lenkungskreis besprochen. Laut Herrn Kitzmann wurde der Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens an die ÖPNV-Consult GmbH vergeben. Ein genauer Zeitplan steht noch nicht fest, es stehen Gespräche an. Danach soll darüber informiert werden.

Herr Wilke (CDU) bittet um Information, wo das Gutachten diskutiert wird und bittet um frühzeitige Infos, da die Zeit eilt und die Gremien noch genug Zeit zum Beraten brauchen.

Laut Frau Oberbürgermeisterin Seiler soll in den gemeinsamen Gremien zeitnah informiert werden. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Speyer soll mit eingebunden werden. Aktuell wird dort das Betreibermodell geprüft und eine verbindliche Auskunft der Finanzbehörden eingeholt.

Frau Körnig-Pich (Stadtberatung Dr. Sven Fries) informiert anhand der Präsentation über die Öffentlichkeitsarbeit.

**Nähere Infos können aus der beigelegten Präsentation, welche Bestandteil dieser Niederschrift ist, entnommen werden.**

Jeder Bürger/Jede Bürgerin kann und soll sich einbringen. Das Ganze wird intensiv begleitet. Die Öffentlichkeitsarbeit findet digital und analog statt. Es soll sichergestellt werden, dass sich jede Generation einbringen kann.

Frau Heller (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Information und begrüßt die Planung. Sie möchte gerne wissen, wer der Lenkungsgruppe angehört und fragt wegen dem zeitlichen Ablauf und den Fristen bezüglich der Vorabbekanntmachung. Sie möchte wissen, ob eine Vorabbekanntmachung möglich ist, ohne das rechtliche Wissen um das Betreibermodell.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler informiert über die interne Lenkungsgruppe. Hierzu gehören alle Stellen die von der Thematik betroffen sind wie die Straßenverkehrsbehörde, die Verkehrsplanung und die Verkehrsbetriebe. Hier wurde auch die Möglichkeit besprochen mit dem Status Quo in die Vorabbekanntmachung zu gehen.

Laut Herrn Schmechtig sind zwei Dinge entscheidend. Im Dezember 2023 muss ein neu vergebener Verkehr auf die Straße kommen. Der andere zeitliche Eckpunkt ist, dass im Hinblick auf die möglichen Ambitionen der Stadt Speyer einen besseren und umfangreicheren Busverkehr auf die Straße zu bringen auch entsprechende Beschlüsse gefasst werden müssen. Es ist entscheidend wie das Betreibermodell aussehen soll, und welcher finanzielle Rahmen zur Verfügung steht.

Herr Wühl (VRN GmbH) fasst zusammen, dass es aktuell noch keine Vorabbekanntmachung gibt. Diese soll jetzt auf Basis der Eckpunkte aufgestellt werden, die innerhalb des kurzen Zeitfensters zu beschließen sind. Normalerweise würde hier der Nahverkehrsplan hinterlegt werden. Da es diesen jedoch noch nicht gibt, bzw. nur einen veralteten Nahverkehrsplan, müssen nun Eckpfeiler eingeschlagen werden, damit wir sicher sind, für den unwahrscheinlichen Fall, dass es einen eigenwirtschaftlichen Antrag gibt, zumindest die Eckpunkte vorgegeben sind. Der Zeitplan ist knapp, es sind jedoch alle guten Dinge dies zeitnah hin zu bekommen.

Herr Dr. Wilke (CDU) begrüßt die Möglichkeit der breiten Beteiligung. Er findet dies eine gute Entwicklung. Ihm stellt sich die Frage, ob die Inhalte der Vorabbekanntmachung verbindlich sein müssen und mit der späteren Ausschreibung nicht unterschritten werden können. Es ist ja klar, dass die Inhalte der Vorabbekanntmachung, die jetzt erstellt wird, nicht den Inhalten entspricht, was gewollt ist und erst später entschieden wird.

Herr Schmechtig betont, dass die Vorabbekanntmachung eine Formalie ist. Es ist die Bekanntmachung einer Absicht. Die Absicht ist eine Ausschreibung Ende 2022 durchzuführen. Mit der Vorabbekanntmachung bekommen Verkehrsunternehmen die Chance einen eigenwirtschaftlichen Antrag abzugeben. Theoretisch muss von der Stadt kein Inhalt in der Vorabbekanntmachung angegeben werden. Da es dann keine Messlatte gibt, hat es ein eigenwirtschaftlicher Verkehrsbetrieb leicht. Es sollen daher Qualitätsstandards vorgeschrieben werden. Je höher die Messlatte ist, desto eher kann sichergestellt werden, dass ein Unternehmer keinen Antrag abgibt, wenn er die Vorgaben nicht einhalten kann. Ein Eigenwirtschaftler muss die Garantie haben, dass die Höhe dieser Messlatte im Nachhinein nicht weiter nach unten gelegt wird. Zum Beispiel kann nicht auf den Hauptlinien ein 10 Minuten Takt gefordert werden und später in der Ausschreibung dann nur einen 20 Minuten Takt fordern. Es können auch zum Beispiel in der Vorabbekanntmachung keine neuen Busse gefordert werden, in der Ausschreibung dann aber 10 Jahre alte Busse zulassen.

Die Qualitäten wie Fahrzeuge, Fahrer\*innen, Serviceleistung, Taktung, etc. dürfen nicht unterschritten werden. Kleinigkeiten wie z.B. eine vorgeschriebene Uniform für die Fahrer dürfen jedoch geändert werden. Das Grundangebot bzw. die Grundanforderung muss einheitlich sein. Was gemacht werden darf, ist von der Grund Vorabbekanntmachung bis zur Aus-

schreibung mehr zu fordern, weil sich in den 12 Monaten Dinge entwickelt haben, die man vorher nicht einschätzen konnte.

Herr Dr. Wilke (CDU) fragt, ob zum Beispiel das fordern von Elektrobussen anstatt Dieselnormen möglich ist, also den Fahrzeugtypen. Darf hier etwas geändert werden? Er hat Bedenken, dass im Nachgang ein eigenwirtschaftlicher Verkehrsbetrieb die Vergabeentscheidung wegen fehlerhaftem Verfahren angreifen kann.

Laut Herrn Schmechtig ist entscheidend, ob durch die Veränderung zwischen der Vorabbekanntmachung und der späteren Ausschreibung, im Nachgang ein eigenwirtschaftlicher Betrieb sagen könnte, dass er mit dieser Änderung ebenfalls die Buslinie eigenwirtschaftlich hätte betreiben können. Eventuell muss hier ein Gericht entscheiden, ob durch die Änderung ein eigenwirtschaftlicher Betrieb möglich gewesen wäre. Die Stadt kann zum Beispiel bereits vorab in der Vorabbekanntmachung Umweltstandards definieren, wie zum Beispiel Vorgaben zur Euronorm, oder emissionsfreien Antrieben. Jedoch gehe nicht eine Vorabbekanntmachung Elektrobusse und dann in der Ausschreibung langen Euro 4 Busse. Die Randbedingungen zwischen Vorabbekanntmachung und Ausschreibung können nicht so verändert werden, dass die Produktion wirtschaftlicher möglich wäre. Deswegen ist es wichtig, sich in diesem Prozess zu überlegen und zu entscheiden mit welchem Antriebskonzept und welcher Form von emissionsarmen oder emissionsfreien Antriebsart man arbeiten möchte.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich und kündigt weitere Beratungen in den gemeinsamen Sitzungen und eine sehr ausführliche Beratung im Mobilitätsbeirat an. Dort wird sich gemeinsam die Zeit genommen, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Zeitstrahlen noch mal zu kommunizieren. Dann soll in die inhaltliche Diskussion eingestiegen werden, um dann die Eckpunkte zu beschließen.

Herr Jaberg (B90/Die Grünen) hält es für zentral, dass sehr früh die Bürgerinnen und Bürger der Stadt mitgenommen und einbezogen werden, damit das Angebot dann später auch angenommen wird. Auch wenn es dann teuer ist, muss es von den Bürgern mitgetragen werden.

Herr Feiniler (SPD) stimmt diesem zu. Sein Anliegen ist jedoch auch, dass die Gewerbetreibenden ebenso eingebunden werden, die sich zum Teil auf dem Pleiad Gelände befinden. Dies ist ein wichtiges Thema.

Laut Frau Körnig-Pich ist es wichtig mit den politischen Vertretern der Bürger und mit Schlüsselpersonen zusammen zu arbeiten, die ja auch Multiplikatoren vor Ort sind. Es sollen noch intensive Gespräche stattfinden. Frau Körnig-Pich ist dankbar für Hinweise, damit niemand vergessen wird. Die Gewerbetreibenden sind selbstverständlich auf dem Radar, diese sind Schlüsselpersonen die mit einbezogen werden sollen. Auch in der Innenstadt.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich für die Diskussion und fordert auf, bereits jetzt für die Öffentlichkeitsbeteiligung zu werben und schließt TOP 1.

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand:** ZRN-Sonderumlage S-Bahn Rhein-Neckar - Knoten Mannheim - Heidelberg  
[Vorlage: 0582/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Wühl (VRN GmbH) informiert anhand der Präsentation über die ZRN-Sonderumlage S-Bahn Rhein-Neckar.

**Nähere Infos können aus der beigelegten Präsentation, welche Bestandteil dieser Niederschrift ist, entnommen werden.**

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich für die Präsentation und stellt diese zur Diskussion.

Herr Klabunde (SWG) fragt, ob die zugesagten Bundes- und Landeszuschüsse aufgrund der aktuellen Pandemie Situation sicher sind.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler und Herr Wühl bekräftigen, dass die zugesprochenen Zuschüsse bestehen bleiben.

Laut Frau Oberbürgermeisterin Seiler ist es wichtig, sich auch interkommunal an den Planungskosten zu beteiligen. Es ist eine neue Stufe der solidarischen Interkommunalen Zusammenarbeit. Auch in den Bereichen ÖPNV und nachhaltige Verkehrsmittel. Wo eine Optimierung und Verbesserung erzielt werden kann, soll sich die Stadt mit einbringen, auch finanziell. Es ist eine Grundsatzentscheidung hier einen neuen Weg zu gehen zur Zusammenarbeit zwischen den Ländern, um eine Optimierung in diesen Bereichen zu erzielen.

Laut Herrn Wühl (VRN GmbH) laufen auf beiden Seiten des Rheins intensive Gespräche.

**Beschluss (einstimmig):**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion und der Verkehrsausschuss empfehlen dem Stadtrat der ZRN-Sonderumlage S-Bahn Rhein-Neckar - Knoten Mannheim - Heidelberg zuzustimmen.

Frau Seiler bedankt sich für die Präsentation und schließt TOP 2.



13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Bauvorhaben Straßenbaumaßnahme Hirschgraben**  
**[Vorlage: 0583/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann übernimmt für den Tagesordnungspunkt den Vorsitz.

Herr Nolte (Modus Consult) stellt anhand der Präsentation den aktuellen Plan zum Ausbau Hirschgraben und Knotenpunkt Petschengasse vor.

**Nähere Infos können aus der beigelegten Präsentation welche Bestandteil dieser Niederschrift ist entnommen werden.**

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann bedankt sich für die Präsentation.

Frau Heller (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es möglich ist, den Kreisverkehr zu bepflanzen, oder etwas darauf zu stellen.

Laut Herrn Nolte ist dies nicht möglich, da der Kreislauf aufgrund der engen Platzverhältnisse am Knotenpunkt entsprechend überfahrbar geplant wurde. Die Fläche des Kreisverkehrs muss im Bedarfsfall von Großfahrzeugen überfahren werden können.

Herr Klabunde (SWG) und Herr Zehfuß (CDU) hinterfragen die Höhe des Bordes der Überquerungshilfen und des Kreisverkehrs selbst. Laut Herrn Nolte wird der Bordstein im vorderen Bereich der Überquerungshilfe maximal 5 cm hoch sein, damit dieser überfahrbar bleibt. Die Bordhöhen sind extra so gewählt, dass einerseits Fahrzeuge davon abgehalten werden den Kreisverkehr oder die Überquerungshilfe ohne Not zu überfahren, gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Überfahrbarkeit für Großfahrzeuge die den Knotenpunkt passieren müssen jederzeit möglich ist.

Herr Dr. Zapf (SPD) möchte wissen, ob die Radschutzstreifen auch tatsächlich an der im Plan gezeigten Stelle aufhören, oder ob diese noch weiter in den Kreisverkehr geführt werden.

Laut Herrn Nolte sollen Radschutzstreifen immer kurz vor bzw. kurz nach einer Fußgängerinsel aufhören bzw. anfangen. Im Plan sind diese noch nicht ganz genau eingezeichnet, sie sollen noch etwas verlängert werden. Es muss darauf geachtet werden, dass es durch die durchgezogene Linie nicht zu Konflikten zwischen Radverkehr und MIV kommt. Was nicht vorgesehen ist und auch nicht gemacht werden darf ist jedoch die Radschutzstreifen in den Bereich des Kreisverkehrs weiter zu ziehen. Dies würde zu Konflikten führen. Im Bereich der Bushaltestellen muss der Radschutzstreifen regelkonform unterbrochen werden.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann bedankt sich bei Herrn Nolte für die Informationen.  
Frau Oberbürgermeisterin Seiler schließt TOP 3.



13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Parkplatz der vbs am Rhein**  
**[Vorlage: 0587/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Schwendy stellt die Umbaupläne der Verkehrsbetriebe Speyer vor, die den Parkplatz am Rhein umbauen möchten.

Herr Hinderberger (SPD) erinnert daran, dass die Klärung des Hochwasserschutzes nicht vorliegt. Dies sollte vorab abgeklärt werden, damit später kein Rückbau wegen Hochwassergefahr erfolgen muss.

Frau Heller (B90/Die Grünen) möchte wissen, warum schon wieder ein Parkplatz gebaut wird und nicht dazu übergegangen wird Grünanlagen in der Stadt zu bauen. Mit dem Bademaxx- und dem Festplatzparkplatz würden ja schon sehr viele Parkplätze bereitstehen. Ihrer Ansicht nach sollten mehr Fahrradabstellplätze eingerichtet werden.

Herr Feiniler (SPD) erinnert daran, dass nicht alle Bürger mobil sind und teilweise auf ein Auto angewiesen sind. Er regt an den Schiffsanleger umzubauen, damit ankommende Besucher einen schöneren ersten Blick auf die Stadt haben.

Herr Dr. Wilke (CDU) findet die Planung aus Sicht der CDU überzeugend. Es ist wichtig, die Verknüpfung als Mobilitätsstation zu sehen, durch die Busabstellplätze. Der Parkplatz sollte dann gut beworben werden. Er ist der Ansicht, dass sich hier eine Fahrradverleihstation an dieser Stelle anbieten würde.

Zum Thema Hochwasserschutz teilt Herr Lang von den Verkehrsbetrieben Speyer mit, dass eine Spundung vorgesehen ist. Die Planung erfolgt durch die Abteilung Tiefbau. Die Stelle ist dadurch Hochwassergeschützt. Der Bedarf an Parkplätzen ist da. Fahrradabstellplätze sind an der Nordseite des Parkplatzes geplant. Auch am Bademaxx sind Fahrradabstellplätze vorhanden. Eine Verleihstation ist aktuell nicht vorgesehen.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler sagt zu, den vorhandenen Baumbestand zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Protokoll beigelegt.

Frau Seiler bedankt sich für die Präsentation und die Diskussion und übergibt das Wort Frau Beigeordneten Münch-Weinmann.

Frau Münch-Weinmann beendet den gemeinsamen Teil der Sitzung für den Verkehrsausschuss und bedankt sich bei den Anwesenden.



13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

**Gegenstand: Beratung zur Umstellung auf digitale Ratsarbeit**

Herr Dr. Wilke verweist darauf, dass jetzt schon ca. 75 % der Sitzungsunterlagen digital zur Verfügung gestellt werden. Er möchte die restlichen 25 % der Unterlagen weiter wie bisher in gedruckter Form erhalten. Herr Feiniler und Herr Neugebauer unterstützen dieses Anliegen.

Die Vorsitzende hält fest, dass weiter wie bisher verfahren wird. Wer auf freiwilliger Basis komplett umstellen möchte, kann sich bei Herrn Müller melden und bekommt die Unterlagen nur noch digital zur Verfügung gestellt.

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand:** **Bebauungsplan Nr. 008 B „Speyer Nord II – Teilbebauungsplan Feuerwache Nord“**  
**hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB.**  
[Vorlage: 0584/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Welter informiert über das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Herr Hinderberger weist auf die Möglichkeit hin, dass dort noch gefährliche Überreste eines Bombenabwurfs im letzten Krieg vorhanden sein könnten. Frau Welter antwortet, in den Bebauungsplänen stehe standardmäßig, dass auf Kampfmittel zu prüfen sei. Sie wird diese Anregung jedoch explizit weitergeben.

### **Beschluss (einstimmig):**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion empfiehlt dem Stadtrat:

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) vorgetragenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans wird gefolgt.
2. Der vorliegende Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich Begründung wird gebilligt.
3. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan 008 B „Speyer Nord II – Teilbebauungsplan Feuerwache Nord“ gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplans angepasst. Eine Fläche für Gemeinbedarf und ein Symbol für die Feuerwehr als Einrichtung und Anlage zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs nach § 5 Abs. 2 Nr. 2 werden ergänzt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

---

**Gegenstand:** Sachstand Bauvorhaben Feuerwehr  
[Vorlage: 0585/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nimmt die Information zur Kenntnis.

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

---

**Gegenstand: Landesgartenschau 2026 - Machbarkeitsstudie**  
**[Vorlage: 0586/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Scheele vom Büro RMP.SL.LA stellt sein Büro, sowie das beteiligte Büro Runz & Casper, Berlin, vor. Herr Rast vom Büro ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH, Köln, stellt sein Büro vor, das ebenfalls an der Machbarkeitsstudie beteiligt ist. Herr Scheele gibt einen Überblick über bisher betreute Gartenschau-Projekte seines Büros.

Herr Dr. Wilke fragt, ob man sich schon mit der Einbeziehung der AfA beschäftigt habe. Weiter fragt er nach Gesprächen mit Otterstadt über die Mitwirkung bei Landesgartenschau.

Herr Scheele antwortet, es sei an das Thema AfA, Migration gedacht worden und darüber hinaus auch an das Thema Inklusion, an die Einbindung verschiedener Gesellschaftsteile. Es sei beabsichtigt die Gemeinde Otterstadt in eine Expertenrunde mit einzubinden um Aufklärung zu leisten, was eine Gartenschau kann, was ihre Ziele und Zwecke sind.

Die Vorsitzende erklärt, Otterstadt sei noch mit der Grundsatzentscheidung beschäftigt, ob es sich an einer gemeinsamen Quartiersentwicklung beteiligen soll. Die Landesgartenschau spiele in der Diskussion kaum eine Rolle.

Herr Schwendy erklärt, z.Zt. werde die Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Zusammenarbeit mit Otterstadt sei eine Option, eine Erweiterung sei ohne Schwierigkeit möglich, wenn sich Otterstadt im Herbst dafür entscheiden sollte. Das Thema Inklusion, Flüchtlinge sei von vornherein wichtig gewesen, deswegen sei die Arbeitsgruppe Inklusion, Gender, Flüchtlinge gebildet worden.

Herr Dr. Wilke fragt, welche Strategie verfolgt werde, um angesichts des engen Zeitrahmens auf eine frühere Entscheidung über die Beteiligung von Otterstadt an der Landesgartenschau hinzuwirken, unabhängig von einer Beteiligung am Pionierquartier.

Die Vorsitzende antwortet man werbe stetig auf den unterschiedlichsten Ebenen dafür. Im wöchentlichen Jour Fix mit Otterstadt werde es auch nochmal angesprochen.

Herr Schwendy ergänzt, mit dem städtischen Kommunikationskonzept werde auch in Otterstadt Werbung gemacht. Im Wettbewerb werde die Entscheidung, ob Otterstadt dabei ist oder nicht, gebraucht. Für die Machbarkeitsstudie sei es nicht entscheidend.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nimmt die Information zur Kenntnis.

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021  
Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

**Woogbachschule  
Sanierung des Schulhofes**

Es handelt sich um eine Maßnahme des KI 3.0, Kapitel 2. Der bestehende Asphaltbelag des Schulhofes wird gegen ein wasserdurchlässiges Pflastersystem ausgetauscht. Die Rampe wird flacher und breiter ausgeführt, da sie sowohl als Feuerwehrezufahrt, als auch behindertengerecht mit einer Steigung von 4,8% ausgebildet wird. Der übrige Übergang zwischen dem oberen und unteren Hofbereich wird als Sitzstufenreihe ausgebildet mit einer Treppe in der Mitte.

Die leichtathletischen Anlagen (Laufbahn 50 m und Anlauf Weitsprung) werden ebenfalls saniert und erhalten eine Kunststoffdecke. Das bestehende Kleinspielfeld wird auf der Böschungseite zum Woogbach mit einem Ballfangzaun versehen. Für Fahrräder, Roller und Abfall-Lagerung werden gesonderte Unterstellmöglichkeiten geschaffen.

In Bezug auf die Baumpflanzungen werden unterirdische Standorterweiterungen vorgesehen, 2 davon als Baumquartiere von 3,5 x 3,5 x 1,2 m. Insgesamt werden 25 neue Bäume gepflanzt. Im unteren Hofbereich werden an der Grenze zu den Sportanlagen Baumhecken (Feldahorn) mit einer Versickerungsmöglichkeit sowie ein tiefer gelegener Pflanzbereich vorgesehen, der ebenfalls Rückhaltefunktion für Oberflächenwasser haben wird.

An der Fassade der Turnhalle wird eine Hecke (Hainbuche) als Fassadenbegrünung, ebenfalls mit aus der Hecke herauswachsenden Bäumen, hergestellt. Da die Fassade eine Wärmedämmung aufweist können hier keine Befestigungen oder Direktbegrünungen vorgenommen werden.

Der untere Hof erhält eine mit der Polizei abgestimmte Markierung für die Verkehrsschule.

**Siedlungsschule  
Sanierung Parkplatz und Sportanlagen**

Auch hier handelt es sich um eine Maßnahme des KI 3.0, Kapitel 2. Im Zusammenhang mit dem damaligen Bau der Sporthalle wurde ein Ergänzungsparkplatz mit wassergebundener Decke hergestellt. Da der Platz jedoch zur Deckung des allgemeinen Bedarfs beständig genutzt wird, wurde der Belag komplett überfordert. Es bildeten sich Schlaglöcher, die einen hohen Unterhaltsaufwand zur Folge hatten. Die Fläche soll nun mit einem Gitterbelag so ertüchtigt werden, dass Stellplätze begrünbar und die Fahrlächen wasserdurchlässig und begehbar sind.

Im Sportbereich soll das große Spielfeld mit einem Tennenbelag erneuert und die Bewässerungsanlage ertüchtigt werden. Die Laufbahn wird mit einem Kunststoffbelag versehen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nimmt die Informationen zur Kenntnis.



13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 23.02.2021

13. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) 23.02.2021 **Irmgard Münch-Weinmann** **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!